

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 14 (1973)
Heft: 5

Artikel: Russen zur Aussenpolitik ihrer Regierung
Autor: Tarsis, Valerij
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095070>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Russen zur Aussenpolitik ihrer Regierung

Von Valerij Tarsis

Es tut ganz gut, sich einmal zu vergegenwärtigen, dass das Publikum in der Sowjetunion auch eine Meinung zur — von ihm unbeeinflussbaren — Politik des Kremls hat; sogar noch apolitisch zu sein ist ein Kommentar dazu ... Hier kommen allerdings Bürger zu Wort, die das politische Geschehen verfolgen.

Parteichef — Staatschef?

In der Aussenpolitik der UdSSR sind in letzter Zeit bedeutsame Aenderungen erfolgt. Sie wurde sozusagen streng parteigebunden, sogar mehr — gebunden an die Einmandiktatur. Im Vordergrund der aussenpolitischen Szene etablierte sich als Solist der Generalsekretär der Partei. Die Stalinlorbeeren lassen ihm sichtlich keine Ruhe. Es war präzedenzlos, dass der Parteiführer allein als solcher (Stalin konferierte mit den Alliierten als Armee-Oberbefehlshaber; Anm.) im Namen der UdSSR Verhandlungen mit ausländischen Regierungschefs führte — mit Brandt auf der Krim, mit Nixon in Moskau, mit Pompidou in Paris. Es stellt eine krasse Verletzung der Verfassung der UdSSR dar, aber der Oberste Sowjet konnte nicht umhin, auch diese Verletzung zu sanktionieren. (Das Verhalten des Westens steht hier nicht zur Debatte.) Breschnews Alleingang ist um so erstaunlicher, als ja im Politbüro keine Einstimmigkeit herrscht. Nicht erstaunlich dagegen ist seine Prinzipienlosigkeit.

Streng nach Marx/Lenin/Breschnew-ismus

Vom kommunistischen Gesichtspunkt aus müsste die UdSSR im Nahen Osten «eigentlich» eher Israel unterstützen als die Araber. In Israel bestehen zwei legale KPs, und das gesamte politische und wirtschaftliche Leben ist vom Grundsatz des Sozialismus durchdrungen; es bestehen sogar Kommunen — die Kibbuzim. Ob es doch am Sozialismus-Verständnis liegt? In den arabischen Staaten dagegen sind fanatische Nationalisten bzw. Militärcliquen an der Macht, die KP ist vielerorts verboten. Seit jeher ist das Verhältnis des Kremls zu den arabischen Staaten nicht problemlos-freundschaftlich, trotz des Tausches von Waffen gegen Militärbasen.

Ebenso widersprechen die Beziehungen zu Amerika den marxistisch-leninistischen Prinzipien, der sowjetischen Politologie von heute. Nachdem die Amerikaner die Häfen Nordvietnams vermint hatten und zu grossen Bombenangriffen auf Objekte im Norden übergegangen waren, konnte die Sowjetunion Nixon «eigentlich» nicht empfangen. Aber das ist es eben, dass die Lage der UdSSR die Führer zur Inkonsequenz zwingt, um ihre Haut zu retten. Die Wirtschaft leistet — u. a. infolge des passiven Widerstandes — milde gesagt nicht das Erforderliche. Wenn es die USA abgelehnt hätten, der Sowjetunion Getreide zu verkaufen, hätte der sowjetischen Bevölkerung Hunger gedroht, vor dem sie nun die 20 Mio. Tonnen importierten Getreides bewahrt. Die UdSSR braucht dringend auch andere westliche Güter, vor allem Computer und

weitere Technik. Schliesslich zwingt auch die chinesische Bedrohung Breschnew, gute Beziehungen zu den USA zu suchen, denn er muss ein Erstarken Chinas als Folge von dessen Annäherung an Amerika fürchten.

Das Flugblatt des «Bürgerkomitees»

Und zudem fürchtet die Staats- und Parteiführung das Volk («Druck erzeugt Gegendruck», wie Salvador de Madariaga hervorhebt!) und hält es für opportun, ihm ein paar Almosen zu reichen. Das kann sie nur dann tun, wenn die USA, Westdeutschland und Frankreich ihre Kredite eröffnen. Die Bevölkerung kennt den Wert der *friedliebenden* Propaganda zur Genüge und beurteilt die Aussenpolitik der sowjetischen Führer ganz unzweideutig. Im Sommer letztes Jahr verbreitete der Samisdat das Flugblatt eines «Bürgerkomitees», in dem es hiess:

«Die Kremelführer setzen den Handel nicht im Interesse der Bevölkerung ein, sondern für ihre abenteuerlich-politischen Interessen, im Interesse der Erlangung der Weltherrschaft. Für ihre sog. ‚selbstlose Hilfe‘ — auf Kosten der Beraubung des eigenen Volkes — bemühen sie sich, in andere Länder dieselbe Sklaverei einzuführen, wie sie in ihrem eigenen Land herrscht. Indem sie ihr Volk plündern, exportieren die Kremelherren Unmengen der im Land selbst dringend benötigten Waren: Fleisch, Fisch, Getreide, Wolle, Leder und weitere defizitäre Artikel. Gleichzeitig müssen sie Getreide importieren, wofür sie die bescheidenen Goldreserven verausgaben. Unsummen werfen die Kremelführer hinaus in Form von Waffenlieferungen an die sog. ‚Freiheitskämpfer‘ und für die Unterstützung von Diktatoren, die der UdSSR Militärbasen zur Verfügung stellen — Aegypten, Syrien, Kuba —, für den Unterhalt des gewaltigen Spionagenetzes im Ausland, für die Bestechung ‚nützlicher Ausländer‘. Grosse Summen werden für die Aufrechterhaltung der ausländischen KPs flüssig gemacht; -zig Milliarden wurden für Mao Tse-tungs Regime ausgegeben. Zur Unterstützung Nordvietnams in seinem Versuch, Südvietnam zu erobern, zahlt man 3 Mio. Dollar täglich, für die Araber 1,5 Mio., für Kuba 1 Mio. Tag für Tag.»

(Unterdessen hat die Polizei vier Urheber dieser Flugblattaktion eruiert und vor Gericht gestellt. Es handelt sich um drei Intellektuelle und einen Hilfsarbeiter mit intellektueller Vergangenheit.) Hinzu kommt noch das tschechoslowakische Abenteuer. Und es werden — was z. B. auch Alexejew und Sorin im sogenannten Leningrader Programm beanstandeten (vgl. ZB 8/1972) — Riesensummen für offensive Raketenbewaff-

nung und schwere Tanks investiert, denn die Führung hat den Gedanken an die Unterwerfung Europas (als nächste Etappe?) nicht etwa aufgegeben: stolz wird verkündet, ihre Truppen können binnen dreier Tage mit Tanks bis zum Atlantik vorstossen. Es werden Vorbereitungen zu einem Präventivkrieg mit China getroffen — ich persönlich kenne die Meinung einiger hoher Sowjetoffiziere über die Unausweichlichkeit eines solchen Krieges.

China ist jedem Russen ein paar Gedanken wert

Man hat in der Sowjetunion die brüderliche Hilfe für Mao, für den Aufbau des Kommunismus in China von Anfang an mit gemischten Gefühlen betrachtet — denn den Sowjetsozialismus «kann man nicht einmal seinen Feinden wünschen».

Auf der Ebene der Philosophen kam es 1964 zwischen China und der Sowjetunion zu einer Diskussion über die «Dialektik der Zweiteilung des einen». Die Dinge spalten sich immer, lehren die Mao-Anhänger, deshalb ist die gegenwärtige Spaltung der Arbeiterbewegung völlig gesetzmässig, ja mehr — sogar nützlich. Und die, welche an der «Einheit der Gegensätze» festhalten, behaupten damit die «Einheit zweier Ursprünge», was Revisionismus in Reinkultur ist.

Antwort: Mao Tse-tung ist ein Voluntarist und hält nur seinen Weg für richtig; seine Anhänger haben die Formel geprägt: «Die Mao-Tse-tung-Ideen sind eine mächtige geistige Atombombe.»

Nun, diesen «Geist» kennen wir: der «grosse Steueremann» in China rechnet mit seinen Gegnern genau gleich ab wie sein Lehrmeister Stalin; erbarmungslos lässt er die Andersdenkenden umerziehen bzw. liquidieren; der Maoismus gilt als «Gipfel der Weltzivilisation» wie ehemals bei den Stalinisten der Stalinismus; seine Sophistik gibt Mao als letzte Erkenntnis der Wissenschaft aus und vernichtet das kulturelle Erbe des Volkes ...

... insoweit er dieses Erbe nicht — bruchstückhaft — seinen Dogmen einverleibt hat. Konfuzius' Wort, ein Herrscher müsse «solche Massnahmen treffen, dass die Aufrührer und Arglistigen ins Zittern kommen» (im Buch Men-tsi), passt ihm natürlich ins Konzept. Und nicht weniger, was ein Vertreter der Legistenschule schrieb, die die materialistischen Lehrsätze von Lao Tse entwickelte: «Wer zu kämpfen versteht, führt durch das Tor des Krieges zu Reichtum und Ansehen, und die Widerspenstigen und Ungehorsamen sind ohne Nachsicht zu bestrafen. Das Wichtigste ist der Krieg.»

Nach Ansicht der Sowjetbevölkerung denken Mao und seine Clique genauso und bereiten sich auf einen Krieg für die Verteilung der Welt vor, angefangen mit Sibirien.

Zielslogan «Allgemeine Armut»

Chinesische Studenten, die mich im Oktober 1965 besuchten, sagten mir, dass die bewussten Schichten des chinesischen Volkes das Menü nicht für den echten Sozialismus halten, welches die Maoisten dem Volk als solchen aufstischen: Volkskommunen, die freiwillige Konsumbeschränkung, die Senkung des Bildungs- und Kultur-niveaus mittels einer «Revolution» auf eine Antikultur, die Verachtung für intellektuelle Tätigkeit, die Verneinung der Rolle der Persönlichkeit und die umfassende Nivellierung.

Insofern unter Sozialisten jeder Anflug von Wohlstand als *bourgeois* verpönt sein muss, ist Maos Doktrin von der «allgemeinen Armut» eigentlich logisch, wie auch die Kampagne gegen die Intelligenz, die «verbürgerlicht» war. Die Machtverhältnisse lassen sich aber — wie in der Sowjetunion — nur dank dem Terrorregime aufrechterhalten; dazu gehört der Einsatz auch des demagogischen Arsenal: Predigt der Prinzipien der Gleichschaltung, schärfste Zensur und Informationssperre zur Aussenwelt.

Als Legende zu diesem Bild bietet sich ein chinesisches Sprichwort an: «Die Gefängnisse sind immer verschlossen, dabei aber überfüllt. Die Tempel sind immer offen und dabei leer.» Heute sind sie zweckentfremdet, was auf das gleiche herauskommt.

Die UdSSR fürchtet China ungeachtet des Armutsslogans gerade auch deshalb, weil ihr Konkurrent die Industrialisierung auch ohne weitere Sowjethilfe voranbringt. Die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Japan, England, Schweden haben in den sechziger Jahren in China über dreissig chemische Fabriken,

fünfundzwanzig metallurgische und Maschinenbauwerke sowie Erdölraffinerien, Papier-Zellulose-Werke und andere Objekte erstellt.

Man ist in der sowjetischen Bevölkerung doppelt skeptisch über Breschnews Versuche, mit dem Brudervolk im Osten wieder *freundschaftliche* Beziehungen herzustellen, und räumt ihm auch nach Lin Piaos Fall und der jüngsten Säuberung keine grossen Chancen ein — höchstens der Tod von Mao könnte das Klima verändern.

Schöne Aussichten im Inland

Schliesslich sind die Kontakte auch mit den anderen Ländern alles andere als gut. Das wundert den Sowjetbürger nicht weiter: Wenn man sich's überlegt, zeigt sich da meist die gesunde Reaktion auf die Moskauer Machtpolitik. Mit Europa ist ein «schlechter» Friede erreicht worden — besser als ein «guter» Krieg. Den europäischen Führern sind natürlich die wahren Absichten der Sowjetführer bekannt (unterstellt man unter den Oppositionellen in der UdSSR).

«Zwischen dem äusseren und dem inneren Schicksal des Landes», schreibt der exilrussische

Publizist E. Garanin in seiner Arbeit «Die sowjetische Aussenpolitik», «besteht ein unlöslicher Zusammenhang. Die Verbesserung der Beziehungen zu den USA führte nicht zur Milderung des politischen Klimas im Inland. Im Gegenteil, die Verfolgung der Andersdenkenden wurde verschärft, eine neue Welle ideologischen Drucks nahm ihren Anfang. Dieser Widerspruch zwischen der Richtung der Aussenpolitik und jener der Innenpolitik ist recht bedeutsam. Er zeigt, dass die heutigen sowjetischen Führer unfähig sind, die Forderungen der Zeit zu verstehen... Indem sie die Vorschläge der gemässigten demokratischen Opposition ablehnen, untergraben sie gerade die schwankenden Grundlagen des neuen Kurses der sowjetischen Aussenpolitik.»

Wir — und die Menschen jenseits des Vorhangs — werden vielleicht bald mehr über die Möglichkeit des freien Meinungs- und Ideenaustausches hören. Wie schön wäre es, wenn wir uns zusammen darüber unterhalten könnten... Zu schön, um (jetzt) wahr zu sein. ■

Zwanzig Jahre UdSSR ohne (?) Stalin

Von Laszlo Revesz

Vor zwanzig Jahren, am 5. März 1953, starb Stalin, und damit begann eine abwechslungsreiche Innen- und Aussenpolitik des Sowjetstaates; beide folgten zunächst einer ausgesprochenen Zickzacklinie, welche jedoch heute in vielen Einzelheiten eine Rückkehr zur Stalinschen Zeit zeigt.

Unterschiedliche Epigonen

Das sowjetische Perpetuum mobile wirkte erst nach Stalins Tod mit erstaunlicher Stärke auf alle Gebiete des Lebens sowohl in der UdSSR als auch in den Satellitenstaaten und verursachte unaufhörliche Purzelbäume. Anstelle einer relativ beständigen Generallinie der Innen- und Aussenpolitik trat die Periode der totalen Unsicherheit, des Durcheinanders, der Reformen und Gegenreformen, der Liberalisierung und des Rückfalls in die rücksichtslose Diktatur, der Zentralisierung und Rezentralisierung, der Einengung der Machtbefugnisse der Partei und der Ausdehnung ihrer Kompetenzen, der Erweiterung und bald nachher die erneute Reduzierung der privaten Sphäre des Einzelnen, der kollektiven Führung und der Einzeldiktatur bzw. des Duumvirats, der Ausdehnung und der erneuerten Einschränkung der «Autonomie» der kleineren Wirtschaftseinheiten.

Den zwei — wenn auch negativen — Riesengestalten der Sowjetgeschichte folgten Epigone ohne Talent, ohne Popularität (mit der Ausnahme Chruschtschews zwischen 1958 und 1962), ohne die zur Führung eines riesigen Staats- und Parteimechanismus notwendigen Kenntnisse, aber mit riesigem Ehrgeiz. Anstelle des grausamen oder mindestens groben und sehr oft offenen Vorgehens von Stalin kam die Taktik einer sowohl für Freunde als auch für Feinde unzuverlässigen politischen Führung.

Chruschtschew hatte nicht die notwendige Macht, die «partei feindliche Gruppe» Malenkows, Molotows und Kaganowitschs nach seiner

Niederlage auf der Sitzung des ZK-Präsidiums (Politbüros) Mitte Juni 1957 physisch zu liquidieren; so wandte er «konstitutionelle» Mittel an: er liess seine Anhänger an das sofort einberufene ZK-Plenum fliegen und jene der Gegner am Erscheinen hindern, wodurch er diese Gruppe ihrer Macht ein für allemal berauben konnte. Einige Monate später, im Oktober 1957, schickte er seinen Retter, Verteidigungsminister und Marschall Schukow, den sowjetischen Napoleon, den Sieger über die Hitler-Armee, nach Albanien und Jugoslawien, und während dieser dort feierliche Versprechen machte, die Sowjetunion werde sie als echte Verbündete und gleichberechtigte Partner behandeln, liess er ihn zu Hause seines Postens berauben. Sieben Jahre später wurde auch ihm genau dasselbe Schicksal zuteil: seine Günstlinge, die ihre Karriere ausschliesslich ihm zu danken hatten, Breschnew, Kossygin und Gefährten, stürzten ihn in Moskau während seiner Erholungsabwesenheit.

Warum eine echte Entstalinisierung keine Chance hatte

Die von Chruschtschew im Februar 1956 auf dem 20. Parteikongress gemachten Enthüllungen über Stalins Grausamkeiten verblieben ohne praktische Auswirkung, wenn man von einer grossen Anzahl von post mortem Rehabilitationen der in der zweiten Hälfte der dreissiger Jahre ermordeten Partei- und Staatsführer absieht. Die echte Entstalinisierung konnte — im Gegensatz zu einigen Satellitenstaaten — nicht stattfinden, schon weil die neuen Machthaber an

Stalins Grausamkeiten selber beteiligt gewesen waren. Der einzige Kopf, der fallen musste, war jener von Berija, dem allmächtigen Innenminister und Chef der Staatssicherheit.

Die in der Stalin-Aera aufgewachsene neue Führungsschicht lässt die Zügel für keinen Moment aus der Hand, und seit 1953 ist es für einen Homo novus kaum möglich, in die erste Garnitur emporzusteigen. Dieses unvorstellbar hartnäckige Beharren auf den Machtpositionen hat die Vergreisung der Führung zur Folge.

Chruschtschews Versuch 1961, auf dem 22. Parteikongress, neue Kräfte in die Staats- und Parteiführung einzuschalten, die alte Generation durch fähige junge Leute zu ersetzen, musste bald völlig scheitern. Er sah ein, dass er sich bei der Durchführung seiner Reformideen ausschliesslich auf neue Kräfte stützen konnte, dass die alte Generation der Stalin-Aera ihm die provisorische Abkehr von der Stalinschen Linie in Verwaltung, Justiz und Wirtschaft niemals verzeihen werde. Deshalb wollte er sich auf die akademische Jugend stützen. Sein Parteistatut vom 31. Oktober 1961 sah die maximale Dauer der Bekleidung der verschiedenen Posten (eine Ausnahme wurde lediglich «unter Berücksichtigung besonderer Verdienste» erlaubt), eine «Rotation der Kader», vor; die Trojka von Breschnew, Kossygin und Podgornj liess 1966 unter Berufung auf die Notwendigkeit der Kontinuität der Leitung die konkreten Zeitgrenzen fallen und hat lediglich das Prinzip der Rotation beibehalten. Dieses wurde jedoch ohne konkreten Inhalt auf allen Ebenen ausgespielt und missachtet.

Von der «neuen Klasse» zum «neuen Adel»

Während Stalin dafür sorgte, dass eine neue Klasse sich nicht stabilisieren konnte — er liess jeden liquidieren, der verdächtigt wurde, eine eigene Machtstellung im Partei- oder Staatsapparat auszubauen —, war nach 1957, nach der Entmachtung der «partei feindlichen Gruppe» und deren Anhänger, die parteirechtliche und praktische Möglichkeit zur Entstehung einer neuen Klasse oder sogar eines neuen Adels gege-